

P r o t o k o l l

über die 1. Tagung des Statistischen Beirats  
am 30. Oktober 1953 in Heidelberg

I. Anwesende:

Präsident Dr. Fürst (als Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden- Biebrich
---	-------------------------	------------------------

A. Vertreter der Bundesministerien:

Frau Dr. Stock	Bundesmin.f.d.wirtschaft- liche Zusammen- arbeit	Bad Godesberg
Heipertz	Auswärtiges Amt	Bonn
van Heys	Bundesmin.d.Innern	"
Maretsch	" d.Finanzen	"
Dr.v.Roeder	" f.Wirtschaft	"
Dr. Padberg	" f.Ernährung, Landw.u.Forsten	"
Dr. Luyken	" f.Arbeit	"
Maetz	" f.Post- und Fernmeldewesen	"
Dr. Fey	" f.Wohnungsbau	"
Dr.Dr.Rassmann	" f.Vertriebene	"
Frau Dr. Drechsler	" f.gesamtdeutsche Fragen	"
Dr. Saake	" f. Verkehr	"
Dr. Fiedler	Bundesrechnungshof	Frankfurt/M.
Dr. Weinhold	Bank Deutscher Länder	"
Frl. Lüke	" " "	"
Effmert	Deutsche Bundesbahn	"

B. Vertreter der Statistischen Landesämter:

Dr. Horn	Stat.Landesamt Schleswig- Holstein	Kiel-Wik
Dr. Ide	" " Hamburg	Hamburg
Dr. Urban	" " "	"
Dr. Kraus	Nieders.Amt f.Landes- planung u. Statistik	Hannover
Dr. Zill	" "	"

Frau Dr. Jacobs	Stat.Landesamt Bremen	Bremen
Chandon	" " Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Schweda	" " "	"
Dr. Hüfner	Hess.Stat.Landesamt	Wiesbaden
Kaiser	" " "	"
Prof. Dr. Zwick	Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Heim	" " "	" "
Dr. Jostock	" " Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Wagner	Bayer.Stat.Landesamt	München
Dr. Boustedt	" " "	"
Dr. Treitschke	Stat.Landesamt Berlin	Berlin
Dr. Schlier	" " "	"
Dr. Lellau	Handelsstat.Amt Hamburg	Hamburg
Prof. Dr. Blind	Stat.Amt d.Saarlandes	Saarbrücken

C. Vertreter der Verbände und Organisationen:

Dr. Mewes	Deutscher Städtetag	Braunschweig
Dr. Buhrow	" "	Köln-Marienburg
Dr. Schmidt	Deutscher Städtebund	Düsseldorf
Hacker	Deutscher Landkreistag	Siegburg
Eisele	Deutscher Gemeindetag	Bad Godesberg
Dr. Behrens	Bundesverband d.Deutschen Industrie	Köln
Prof. Dr. Herrmann	" "	"
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Grosse	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Frerichs	Gesamtverband des Groß- und Außenhandels	Bonn
Dr. Gugumus	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft	Köln
Sardemann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt/M.
Dr. Spiegelhalter	Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände	Köln
Dr. Zweck	Bundesverband der Freien Berufe	Düsseldorf



Dr. Brecht	Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (als Sachverständiger für die Wohnungswirtschaft)	Köln
Frau Kleine	Wirtschaftswissenschaftl. Institut der Gewerkschaften	Köln
Dr. Vogel	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft	Hamburg
Freiherr v. Lüninck	Verband der Landwirtschaftskammern	Frankfurt/M.
Glock	Deutscher Bauernverband	Bonn
Dr. Hanstein	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftl. Forschungsinstitute	Bonn
Dr. Grünig	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin-Dahlem

D. Statistisches Bundesamt:

Abt. I	Dr. Szameitat
	Dr. Reepschlaeger
Abt. II	Frl. Dr. Bartels
Abt. III	Dr. Rauterberg
Abt. IV	Dr. Werner
Abt. V	Schmidt
Abt. VI	Dr. Deneffe
Abt. VII	Dr. Herrmann
Abt. VIII	Dr. Horstmann

## II. Wortlaut des Protokolls:

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes eröffnet die 1. Tagung des Statistischen Beirats. Er nimmt das Inkrafttreten des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 3.9.1953 zum Anlaß, die Mitglieder und Gäste des Beirats zu begrüßen und im einzelnen vorzustellen. Es erscheint zweckmäßig, die Numerierung der Sitzungen jetzt neu zu beginnen, so daß nach den insgesamt 13 Sitzungen des Statistischen Ausschusses jetzt die

1. Tagung des Statistischen Beirats  
abgehalten wird.

Die Erläuterung der den Statistischen Beirat betreffenden gesetzlichen Bestimmungen ergibt, daß sich Zusammensetzung und Aufgaben des Beirats gegenüber dem früheren Statistischen Ausschuß nicht wesentlich geändert haben. Die Bestimmung in § 4, Abs. 2, des Gesetzes, wonach die amtlichen Vertreter im Falle der Beschlußfassung nur beratende Stimme haben, dürfte praktisch ohne besondere Bedeutung sein.

Die im Gesetz vorgeschriebene Ladung der Landesregierungen ist erfolgt. Um die Zahl der Teilnehmer an den Tagungen nicht zu groß werden zu lassen, wäre es zu begrüßen, wenn die Landesregierungen einen gemeinsamen Vertreter (etwa ein Mitglied des Sonderausschusses Statistik bei der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer) benennen würden.

Unter Hinweis auf die zu Beginn der Tagung verteilte Liste der gegenwärtig bestehenden Fachausschüsse bittet der Vorsitzende die Mitglieder des Beirats, dem Statistischen Bundesamt die Mitglieder der Fachausschüsse schriftlich bekanntzugeben. Um eine zu starke Zersplitterung zu vermeiden, sollte die Zahl der Fachausschüsse möglichst klein gehalten werden. Als besonderes - im Gesetz nicht eigens erwähntes - Gremium des Statistischen Beirats erwähnt der Vorsitzende die zur Entlastung der Beiratstagungen geschaffenen Amtsleiterkonferenzen, auf denen vor allem technisch-organisatorische und haushaltspolitische



Fragen beraten werden, die nur die Statistischen Ämter und die Städtestatistik betreffen und für die übrigen Mitglieder des Beirats kaum von Interesse sein dürften. In der gleichen Zusammensetzung wie die Amtsleiterkonferenzen arbeiten drei weitere Ausschüsse:

Ausschuß für Maschinelle Aufbereitung,  
Ausschuß für Organisations- und Verwaltungsfragen,  
Ausschuß für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen  
der Statistischen Landesämter.

Die außer dem Statistischen Beirat noch bestehenden Statistischen Ausschüsse sind durch das neue Gesetz nicht berührt. Es sind hier in erster Linie zu nennen:

- (a) die Statistischen Länderausschüsse einiger Bundesministerien, in denen vor allem beraten wird, welche Tatbestände statistisch erfaßt werden sollen, d.h. das "Was" der Statistik;
- (b) der Interministerielle Ausschuß für Rationalisierung und Koordinierung der Bundesstatistiken, der sich im wesentlichen damit befaßt, ob bestimmte Bundesstatistiken durchgeführt werden sollen. Damit stellt der Interministerielle Ausschuß eine Art Vorstadium für die Beratungen neuer Rechtsgrundlagen für Bundesstatistiken im Bundeskabinett dar;
- (c) der Sonderausschuß Statistik bei der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer. Hier soll mit gleicher Zielsetzung wie im Interministeriellen Ausschuß eine einheitliche Länderauffassung hergestellt werden, die dann durch einen Vertreter des Sonderausschusses im Interministeriellen Ausschuß vertreten wird.

Es war offenbar die Absicht des Gesetzgebers, mit der Bildung des Statistischen Beirats ein Forum aller statistisch interessierten Kreise zu schaffen, in dem nicht nur methodisch-technische Fragen beraten werden, sondern sämtliche die Statistik betreffenden sachlichen Probleme.

Der Vorsitzende bittet die Mitglieder des Beirats mitzuhelfen, daß sich die Größe dieses Gremiums nicht nachteilig auswirkt. Es besteht die Gefahr, daß die Beratungen im Beirat, die nicht ausdrücklich als vertraulich deklariert werden können, bereits zu einem so frühen Zeitpunkt der Öffentlichkeit bekannt werden, daß die sachliche Arbeit hierdurch gestört wird. Die Mitglieder des Beirats

möchten sich deshalb als Ratgeber des Statistischen Bundesamtes - und damit der Bundesregierung - und nicht so sehr als Interessenten-Vertreter betrachten.

An diese einleitenden Bemerkungen anschließend erläutert der Vorsitzende die vorgesehene Tagesordnung, deren erster Teil einige Punkte von allgemeinem Interesse zur Diskussion stellt. Im zweiten Teil soll ein Überblick über die seit der letzten Tagung durchgeführten Arbeiten und über die neuen Vorhaben der einzelnen Abteilungen des Amtes gegeben werden.

1. Stand und Probleme der Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen; insbesondere Bericht über die Dritte Regionale Tagung der Europäischen Statistiker vom 15.-19. Juni 1953 in Genf.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes verweist zunächst auf seinen bereits an die Mitglieder des Beirats versandten "Bericht über die Teilnahme an der Dritten Tagung Europäischer Statistiker in Genf vom 15.-19. Juni 1953". Die neu gebildete Ständige Konferenz Europäischer Statistiker, die organisatorisch von der ECE betreut wird, habe sich vor allem zur Aufgabe gesetzt, die zahlreichen Anforderungen der verschiedenen internationalen Institutionen nach Möglichkeit zu koordinieren. Durch einen ständigen Kontakt zwischen den Leitern der Europäischen Statistischen Ämter wird vor allem angestrebt, die internationalen Anforderungen an die Nationalen Statistischen Ämter methodisch, zeitlich und arbeitsmäßig mit den gegebenen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Hiermit ist jedoch keine Änderung in der Zuständigkeit der jetzigen internationalen Fachorganisationen verbunden.

Die Themen, mit denen sich diese Konferenz zunächst befassen will, sind in der letzten Anlage zu dem versandten Tagungsbericht enthalten. Die Mitglieder des Beirats werden gebeten, dem Statistischen Bundesamt bis zur nächsten Konferenz im Juni 1954 mitzuteilen, welche Punkte nach ihrer Auffassung vordringlicher



Behandlung bedürfen.

Die amtliche deutsche Konzeption zur Entwicklung der statistischen Arbeit - nämlich die Ausrichtung der Statistiken an einem Modell gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge - ist auch in anderen Ländern für die Entwicklung der Statistik bestimmend.

Ein besonderes Problem hat sich aus den statistischen Wünschen der Montan-Union entwickelt, die vertraglich über das Recht zur unmittelbaren Befragung der Verbände und Betriebe verfügt. Eine echte Verhandlung ist nur möglich, wenn die Vertreter des Bundes in der Lage sind, bei den einzelnen erhebungs- und aufbereitungs-technischen Fragen, die der Vereinheitlichung der Statistik in den sechs Ländern der Montan-Union dienen, Zusagen machen und einhalten zu können.

Die kurze Diskussion ergibt, daß vor allem die Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft das Hineinwachsen der deutschen Statistik in die internationale statistische Arbeit begrüßen. Es liegt im Interesse der europäischen politischen Integrierung, wenn das Statistische Bundesamt den internationalen Organisationen - vor allem auch der Montan-Union - das vorhandene statistische Material zur Verfügung stellt. Eine solche Bereitschaft zur Mitwirkung kann den deutschen Interessen nur förderlich sein. Es erscheint weiterhin nützlich, wenn von deutscher Seite auch bei methodischen Problemen eine gewisse Initiative entwickelt wird, damit unsere Auffassungen entsprechend zur Geltung kommen.

## 2. Grenzen der amtlichen Statistik.

Im Zusammenhang hiermit greift der Präsident des Statistischen Bundesamtes die Frage der Grenzen der amtlichen Statistik, vor allem ihrer Abgrenzung gegen die Verbandsstatistik, auf. Oberster Gesichtspunkt müsse der Nutzen des Staates aus dem statistischen Material sein, wobei jedoch die Bedürfnisse des Staates nach statistischem Material wechseln. Dem an

sich anzuerkennenden Grundsatz "Governments Statistics for Business Use" steht häufig die nach dem Statistischen Gesetz streng durchzuführende Geheimhaltung entgegen, die es oft verbietet, differenziertes statistisches Material für Marktforschungszwecke den Instituten oder einzelnen Betrieben zur Verfügung zu stellen. Abgesehen davon dient z.B. die sehr tief gegliederte Außenhandelsstatistik bereits unmittelbar der Wirtschaftsförderung.

Während so die amtliche Statistik Aufgaben erfüllt, die in erster Linie der Wirtschaft selbst dienen, haben andererseits einige Institute sich neben statistischen Erhebungen für spezielle Zwecke der Marktforschung, die in dieser Form nie in den staatlichen Bereich fallen werden, auch Aufgaben gewidmet, die an sich zur amtlichen Statistik gehören (z.B. Einkommensstatistik, Verbrauchsforschung). Eine Überprüfung der Arbeitsteilung zwischen den Instituten und der amtlichen Statistik erscheint notwendig. Es soll weiterhin geprüft werden, wieweit es mit Hilfe des zur Durchführung des Mikrozensus aufzubauenden Interviewerstabes möglich ist, Befragungen durchzuführen, die mit den bisherigen Methoden nicht in Angriff genommen werden konnten.

Schließlich ist zu beachten, daß sich die Gefahr einer Verschiebung der Arbeitsteilung dadurch ergeben kann, daß sich internationale Behörden direkt an die Betriebe wenden oder an die Verbände herantreten. Aus diesem Vorgehen kann sich eine merkwürdige Diskrepanz ergeben: während man im europäischen Bereich eine amtliche (europäische) Statistik organisiert, droht derselbe Tatsachenbereich auf der nationalen Ebene dem amtlichen Bereich zu entgleiten.

In der Diskussion bittet ein Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, die statistischen Ergebnisse, soweit möglich, auch den einzelnen Betrieben nutzbar zu machen, insbesondere, da einige der früheren



Verbandsstatistiken auch umgekehrt inzwischen in den amtlichen Bereich gekommen sind. Ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute begrüßt eine enge Zusammenarbeit der amtlichen Statistik mit den Instituten auf freiwilliger Grundlage. Ein noch zu klärendes Problem ergäbe sich allerdings daraus, daß z.B. die Meinungsforschungsinstitute nicht in der Arbeitsgemeinschaft vertreten sind.

3. Weiterentwicklung der Repräsentativmethoden in der amtlichen Statistik.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes betont in seinem kurzen Bericht, daß die zur Kostenersparnis angestrebte verstärkte Anwendung repräsentativer Methoden an den häufig weitgehenden Forderungen nach regionaler und sachlicher Gliederung scheitern kann. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß vor allem eine differenzierte regionale Gliederung häufig für Bundeszwecke nicht notwendig ist. Noch größere Aufmerksamkeit als bisher soll der repräsentativen Auswertung vorhandenen statistischen Materials gewidmet werden.

4. Die Produktivitätsmessung als Aufgabe der amtlichen Statistik.

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes verweist auf den in "Wirtschaft und Statistik" (5.Jg.N.F., Heft 6, Juni 1953) erschienenen Aufsatz. Es wird festgestellt, daß Produktivitätsuntersuchungen, die auf Betriebsvergleiche gerichtet sind, nicht eigentlich Aufgabe der amtlichen Statistik sind. Eine solche Nutzung amtlichen statistischen Materials verstößt auch zumeist gegen die Vorschriften über die Geheimhaltung. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die amtliche Statistik in der Lage ist, manches verwertbare Material billiger als andere Stellen zur Verfügung zu stellen. So dürfte es z.B. durch eine etwas feinere Aufgliederung der Ergebnisse aus der Industrieberichterstattung möglich sein, entsprechende Erkenntnisse zu gewinnen. Falls das

Rationalisierungs-Kuratorium für Wirtschaftlichkeit der amtlichen Statistik für solche speziellen Aufgaben Geldmittel zur Verfügung stellt, wird das Statistische Bundesamt den Statistischen Landesämtern Vorschläge zur Nutzung des industriestatistischen Materials unterbreiten.

Nach Abschluß des allgemeinen Teils der Tagesordnung beginnen die Berichte des Statistischen Bundesamtes über Stand und Entwicklung des Arbeitsprogramms.

5. Bericht der Abteilung I - Allgemeine Organisation der Statistik.

Bei den Erläuterungen zum neuen "Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke" wird auf den bereits an die Mitglieder des Statistischen Beirats versandten Text verwiesen. In dem Begleitschreiben hierzu sind die wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes kurz kommentiert worden, so daß sich ein ausführlicher Bericht erübrigt. Es wird hervorgehoben, daß das neue Gesetz einen klaren Zuständigkeitskatalog des Statistischen Bundesamtes gibt. Von besonderer Bedeutung ist außerdem der § 16 des Gesetzes, der anordnet, daß innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes alle z.Z. laufenden Bundesstatistiken durch eine neue Rechtsgrundlage legitimiert werden müssen. Inzwischen gelten sie durch die Bestimmungen des genannten Paragraphen als angeordnete Bundesstatistiken. Die Frage nach der Notwendigkeit einer Ausführungsbestimmung zum Gesetz wird dahingehend beantwortet, daß es zweckmäßig erscheint, die Komplexe, die in dem Bundesgesetz nicht geregelt werden konnten, durch Gesetze der Länder zu bestimmen. In dem Arbeitskreis für Organisations- und Verwaltungsfragen soll besprochen werden, welche Probleme hierfür in Frage kommen, und auf welche Weise sie am besten einheitlich für alle Länder geregelt werden können.

Es wird dann über einen neu gegründeten Ausschuß Statistik im Deutschen Normenausschuß berichtet, in dem auch das Statistische Bundesamt mitarbeitet. In diesem Ausschuß soll versucht werden, Begriffe der statistischen



Arbeitstechnik zu normieren.

Es sind zunächst Fragen der Normung im statistischen Veröffentlichungswesen und Fragen der Terminologie und Symbolik der mathematischen Statistik in Angriff genommen worden. Die Möglichkeit zur Festlegung von Normen beschränkt sich auf arbeitstechnische Konventionen; sie umfaßt jedoch nicht methodische Fragen, die ihrer Natur nach nicht normierbar sind.

Zur Weiterentwicklung der Systematiken wird mitgeteilt, daß im Amt mit einer grundsätzlichen Überarbeitung der AZ-Systematik begonnen wird. Bei der bisherigen AZ-Systematik handelt es sich um eine Art Grundbetriebssystematik, die vor allem auf die Klassifizierung örtlicher Einheiten abgestellt ist. Die Erfahrungen haben jedoch gezeigt, daß für die Statistiken, bei denen Unternehmungen befragt und systematisch eingeordnet werden müssen, Ergänzungen der Systematik (vor allem durch Schaffung von Kombinationsklassen) erforderlich sind. Außerdem ist es notwendig, die bisherige Einteilung nach volkswirtschaftlichen Bereichen zu überprüfen.

Eine kurze Diskussion dieses Punktes ergibt, daß an sich eine international vergleichbare Systematik erwünscht ist. Diesem Anliegen stellen sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten entgegen, da viele der nationalen Systematiken noch nicht endgültig entwickelt sind.

Abschließend wird die erneute Herausgabe einer Veröffentlichung über das "Arbeitsgebiet des Statistischen Bundesamtes" angekündigt. Die zuletzt nach dem Stand von Mitte 1950 herausgegebene Schrift ist gründlich überarbeitet, vervollständigt und in entscheidenden Teilen erweitert worden. Es ist u.a. auch beabsichtigt, die wichtigsten Geschäftsstatistiken der Bundesministerien soweit deren Ergebnisse veröffentlicht werden, aufzunehmen.

6. Bericht der Abteilung II - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Auslandsstatistik.

Die Sozialproduktsberechnung für die Bundesrepublik ist durch eine weitere Angleichung an das "Standardized System of National Accounts" und durch die Verwertung neuer statistischer Unterlagen verbessert worden. Diese Verbesserungen kamen auch der Zahlungsbilanzstatistik zugute.

Im Rahmen der Volkseinkommensberechnung konnte die Berechnung der Einkünfte aus unselbständiger Arbeit und der Einkommensübertragungen vom Staat an die Haushalte im wesentlichen abgeschlossen werden.

Für 1952 und 1953 wurde das Sozialprodukt auch vierteljährlich berechnet. Die Ergebnisse sind bisher nicht veröffentlicht worden, da noch keine exakten Angaben über den Einfluß der Preisbewegung und über die Saisoninflüsse gemacht werden können, deren Kenntnis für die Beurteilung der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung wesentlich ist.

Zum Problem einer Sozialproduktsberechnung der Bundesländer wird auf die Beratungen des hierfür neu geschaffenen Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" der Landesämter verwiesen. Es wurde in erster Linie die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit einer Berechnung des Sozialprodukts von der Entstehungsseite her erörtert.

Internationale Übersichten über das Sozialprodukt und über Zahlungsbilanzen sind in den Internationalen Monatszahlen und im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht worden.

Für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland ist eine Bereichsgliederung für das Produktionskonto der gesamten Volkswirtschaft entworfen worden. Es handelt sich um eine Gliederung nach Unternehmungen.

Außerdem liegt das Schema einer groben Input-Output-Rechnung vor, die den Fluß der Waren und Dienstleistungen zwischen den volkswirtschaftlichen Bereichen dar-



stellen soll und besondere Bedeutung für die Voraus-schätzung des Sozialprodukts und für die Feststellung der möglichen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maß-nahmen hat.

Die bereits vorliegenden Ergebnisse der Kostenstruktur-erhebung werden gegenwärtig aufgeschätzt und für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewertet. Für die Landwirtschaft und das Wohnungswesen, die nicht durch die Kostenstrukturerhebung erfaßt worden sind, konnten vorläufige Produktionskonten erstellt werden. Für den 5. OEEC-Bericht wurde erstmalig das Einkommens-konto des Staates und ein - allerdings stark zusammen-gefaßtes - Vermögensveränderungskonto aufgestellt.

An Sonderarbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaft-lichen Gesamtrechnungen sind besonders zu erwähnen die Mitarbeit an dem 5. OEEC-Bericht und die Teilnahme an den Besprechungen und Verhandlungen über wirtschaftliche Probleme der EVG. Die Darstellung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit Hilfe der Sozialprodukts-berechnung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das Sta-tistische Bundesamt war ferner an einem Versuch der OEEC beteiligt, einen internationalen Preis- und Kauf-kraftvergleich auf der Basis der Verwendungsseite der Sozialproduktsberechnung durchzuführen.

Die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Über-setzung des "Standardized System of National Accounts" der OEEC dient dazu, die internationalen Konventionen über die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrech-nungen einem möglichst großen Interessentenkreis zu-gänglich zu machen.

An wichtigen methodischen Problemen, die in der letzten Zeit besondere Aufmerksamkeit verlangt haben, sind zu erwähnen: die Preisbereinigung des Sozialprodukts, der Einbau der EVG in die Volkswirtschaftlichen Gesamt-rechnungen, die Klärung des ökonomischen Begriffs des Einkommens und die auf der Tagung der "International Association for Research in Income and Wealth" in

Castelgandolfo aufgeworfenen Fragen (langfristiger und kurzfristiger zeitlicher Vergleich und internationaler Vergleich der Sozialproduktsberechnungen, Preisbereinigung, Modellbildung und Vorausschätzungen, statistische Feststellung der Kapitalbildung).

Außer den bereits erwähnten in Gang befindlichen Arbeiten sind für das nächste Jahr folgende Aufgaben vorgesehen:

- (a) Umstellung der Entstehungsseite der Sozialproduktsberechnung auf Nachkriegsmaterial,
- (b) Abschluß der Verteilungsrechnung und evtl. auch Berechnung der Einkommensschichtung,
- (c) Neuberechnung des Privaten Verbrauchs,
- (d) Verbesserung der Vorratsschätzungen,
- (e) Nach Möglichkeit Erfassung der Investitionen beim Investor,
- (f) Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen etwa im Rahmen des Standardized System of National Accounts.

Zum Stand der Arbeiten an der Kostenstrukturerhebung wird mitgeteilt, daß die Erhebung im großen ganzen abgeschlossen werden konnte. Die Prüfung der Erhebungsbogen ist weit fortgeschritten, die weitere Aufbereitung in Berlin in vollem Gange.

Aus der Arbeit an den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergeben sich zwangsläufig eine Reihe von Anforderungen an die Statistik (z.B. Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der Definitionen wichtiger wirtschaftlicher Tatbestände, Vervollkommnung der Systematiken, Schließen von Lücken im statistischen Bild, s. hierzu das Programm der Jahreszusatzerhebungen zum Industriebericht<sup>1)</sup>).

Zu dem Arbeitsgebiet "Veröffentlichungen" wird angekündigt, daß eine Neugliederung nach sachlichen Gesichtspunkten - an Stelle des bisher zugrunde gelegten Kriteriums der Periodizität - vorbereitet wird. Es wird außerdem gegenwärtig überlegt, ob neben dem Statistischen Jahrbuch noch ein Taschenbuch herausgegeben werden sollte, das sich sachlich auf die wichtigsten Zahlen beschränkt und nur Jahreszahlen für den Bund enthält.

1) vgl. hierzu S. 17 des Protokolls.



An der Herausgabe eines solchen Taschenbuchs sind vor allem das Auswärtige Amt, das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit interessiert. Es wird weiterhin angeregt zu prüfen, ob je ein Taschenbuch für die einzelnen wirtschaftlichen Bereiche herausgegeben werden sollte.

Zum Ausbau der Auslandsstatistik wird festgestellt, daß bei der Abteilung II die Redaktion der zusammenfassenden internationalen Veröffentlichungen und die Erstellung von Länderberichten liegen soll. Die Fachabteilungen werden jeweils für ihren Bereich die Sammlung, Sichtung und Veröffentlichung von Auslandsstatistiken vornehmen. Das Bundesamt wäre dankbar, wenn ihm alle Wünsche der Benutzer, die den Inhalt und die Periodizität der Veröffentlichungen sowie die Reihenfolge der Arbeiten auf dem Gebiete der Auslandsstatistik betreffen, rechtzeitig mitgeteilt würden. Der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums bittet darum, nach Möglichkeit bald in verstärktem Umfang internationales Zahlenmaterial zu veröffentlichen und auch die Methoden einzelner wichtiger Statistiken der am meisten interessierenden Länder darzustellen.

7. Bericht der Abteilung III - Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik.

Das laufende Programm ist vom Interministeriellen Ausschuß für Rationalisierung und Koordinierung im wesentlichen bestätigt worden. Die Agrarstatistik hat etwa den Umfang der Vorkriegszeit erreicht und dürfte sich auch in diesem Rahmen halten. Teilweise wurde die Zuverlässigkeit der Ergebnisse mit Hilfe von Kontroll- und Berichtigungsmethoden gegenüber der Vorkriegszeit verbessert. Die einmaligen Erhebungen der Jahre 1949-1951 (LBZ, Gartenbauerhebung, Obstbaumzählung) sind abgeschlossen. Die Sonderauswertungen im Rahmen des Notstandsprogramms Berlin werden demnächst beendet.

Außer der Wiederholung der Statistik der familieneigenen Arbeitskräfte sind für das Jahr 1954 keine neuen Erhebungen vorgesehen. Dagegen soll die Arbeit mit folgenden

Zielen intensiviert werden:

- (a) Verbesserung der Zuverlässigkeit durch Ausbau der Erhebungsmethoden, durch Erweiterung und Verbesserung der Nachkontrollen und durch Schulung der Erhebungsstellen,
- (b) Verbesserung der Anwendbarkeit der Zahlen für die Konsumenten,
- (c) Entlastung der Erhebungsstellen.

Im einzelnen soll geprüft werden, ob und wie die Bodenbenutzungserhebungen auf das repräsentative Verfahren umgestellt werden können. Die Nachkontrolle wird 1954 wiederholt werden.

Für die Erntestatistik ist zu bemerken, daß sämtliche Statistischen Landesämter jetzt an den Besonderen Erntermittlungen beteiligt sind. Die amtlichen Ernteschätzungen sollen weiterhin durch systematische Prüfung der Meldungen verbessert werden. Das Verfahren zur Prüfung der Schätzungen (Prüfungsrahmen) wird z.Z. neu ausgearbeitet. Bereits jetzt konnte festgestellt werden, daß die Schätzungen bei Getreide vielfach kaum noch unter den objektiven Erntemengen liegen. Es ist weiterhin vorgesehen, die Liefertermine für die Vorausschätzungsergebnisse vorzuverlegen und die frühzeitige Veröffentlichung wieder aufzunehmen.

Die Erhebungen über den geplanten Anbau von Gemüse und Obst sollen künftig auf die wirklichen Hauptanbaugemeinden beschränkt werden; es wird hierdurch eine Verbesserung des Nutzens erwartet. Die noch unbefriedigende Obsterntestatistik soll durch Gewichtsermittlungen von einzelnen Bäumen unterbaut werden.

Bei den Viehzählungen wird im März und September 1954 die repräsentative Methode angewendet werden. Weiterhin werden Untersuchungen über die Anwendbarkeit des repräsentativen Verfahrens auch bei den Juni- und Dezemberzählungen eingeleitet. Es ist schließlich geplant, die Nachkontrollen der Viehzählungen, die bisher nur sporadisch durchgeführt wurden, schon bei der bevorstehenden Dezemberzählung auf eine wirklich repräsentative Grundlage zu stellen, um die ermittelten Zählfehler ggf. als Grundlage für Berichtigungen anwenden zu können.



Entsprechend einer Anregung durch den Interministeriellen Ausschuß ist zu überlegen, ob die Milchproduktionsstatistik repräsentativ durchgeführt werden kann.

In der kurzen Diskussion werden die landwirtschaftlichen Verbände gebeten, noch mehr als bisher das agrarstatistische Programm zu unterstützen. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß die verstärkte Anwendung repräsentativer Methoden bei den Statistischen Landesämtern und beim Statistischen Bundesamt für einen langen Übergangszeitraum erhöhte Kosten verursachen wird. Entscheidend ist jedoch, daß die Gesamtkosten für die Durchführung der Erhebungen vermindert werden können.

8. Bericht der Abteilung IV - Industrie- und Handwerksstatistik.

Zu Beginn des Berichtes wird mitgeteilt, daß die Zusatzerhebung 1951/52 zum Industriebericht abgeschlossen ist. Ein besonderes Problem hat sich aus der neuen Fragestellung über die Arbeiterplatzkapazität ergeben, ihr Erkenntniswert für die Investitionspolitik muß als fraglich angesehen werden. Schwierig war die Erfassung des Materialverbrauchs, der zur Errechnung der Nettoproduktionswerte benötigt wurde.

Die Neuberechnung des Produktionsindex auf der Basis des Jahres 1950 (bisher 1936) wird voraussichtlich bis Anfang 1954 abgeschlossen werden können. Gewisse methodische Änderungen gegenüber dem früheren Index werden zu gegebener Zeit ausführlich veröffentlicht werden. Jetzt schon ist zu erwähnen, daß sich die Zahl der Reihen von 280 auf etwa 350 erhöht hat und daß der Index wahrscheinlich eine neue Gliederung erhalten wird.

In dem Bericht über die Weiterentwicklung der Industriestatistik wird an die im Vorjahre herausgegebenen "Leitgedanken zur Entwicklung der Industriestatistik" angeknüpft. Inzwischen haben weitere Beratungen in verschiedenen Ausschüssen stattgefunden, zuletzt bei der Tagung des Sonderausschusses für die Beratung des Ausbaus der Industriestatistik am 6. Oktober d.J. in Wiesbaden. Die Probleme haben sich durch die Überlegungen während des

letzten Jahres stärker konkretisiert. Es ist vorgesehen, daß künftig Jahresherhebungen als Grundlage für den weiteren Ausbau der Industriestatistik dienen sollen. Sie sollen die Elemente der bisherigen Zusatzerhebungen und der Kostenstrukturerhebungen in sich vereinigen und die Komplexe aufnehmen, die bisher noch nicht erfaßt werden konnten. Vordringlich ist vor allem die jährliche Erfassung des Inputs sowie die Gliederung der Einkäufe nach Warengruppen für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und zur Berechnung der Realentwicklung des Sozialprodukts. Ebenso ist es erforderlich, den Input nach Herkunftsbereichen zu erfassen und den Output nach gewissen groben Absatzbereichen aufzugliedern. Die erste Prüfung der Frage einer Aufgliederung der Beschäftigten nach ihrer Funktion hat gezeigt, daß hierin noch besondere Probleme stecken, deren Beratung einem Sonderausschuß überwiesen werden soll. Weiterhin sollen die Untersuchungen zu der Frage fortgesetzt werden, ob es möglich ist, den Firmenkreis des Industrieberichts unter dem Gesichtspunkt einer ausreichenden, jedoch einheitlichen Repräsentation für die verschiedenen Industriezweige einzuschränken, um hierdurch Einsparungen zu erzielen.

Anknüpfend an die Beratungen bei der 13. Tagung des Statistischen Ausschusses in Hamburg werden die weiteren Überlegungen zur Durchführung einer Handwerkszählung kurz skizziert. Bisher haben nur vorbereitende Besprechungen im Zentralverband des Deutschen Handwerks stattgefunden. Gegen eine Ausdehnung des Umfangs der Zählung durch eingehende Erfragung der Produktion und des Maschinenbestandes bestehen jetzt auch Bedenken seitens der Handwerksorganisation selbst. Diese Frage soll daher zunächst noch einmal eingehend innerhalb der Handwerksorganisation untersucht werden. Das Statistische Bundesamt ist an einer Frage über den "Input" interessiert, um auf diese Weise evtl. näher an Größen über die handwerklichen Leistungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen heranzukommen.



Die repräsentative Handwerksberichterstattung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks ist in der Mehrzahl der Länder noch immer in Vorbereitung. Für Sommer 1954 sind die ersten Bundesergebnisse (Vierteljahreszahlen) angekündigt worden.

Die in der anschließenden kurzen Diskussion gestellte Frage, wer die Handwerkszählung durchführen soll, kann noch nicht eindeutig beantwortet werden. Der Vertreter des Zentralverbands des Deutschen Handwerks betont, daß die Frage einer Erfassung der Produktion und des Maschinenbestandes durch die Handwerkszählung vom Bundeswirtschaftsministerium aufgegriffen worden ist. Die Durchführung der Zählung soll nach den bisherigen Überlegungen weitgehend durch die Handwerkskammern erfolgen. Das Statistische Bundesamt schlägt vor, daß die Auftraggeber und Konsumenten dieser Zählung eine Liste der zu erfassenden Tatbestände liefern sollten. Es erscheint nicht zweckmäßig, wenn die Fragebogen in Ausschüssen, die außerhalb des Statistischen Beirats liegen, beraten werden.

Abschließend wird festgestellt, daß ein zeitliches Zusammenfallen von Handwerkszählung und Wohnungszählung (vgl. Bericht der Abteilung VI) nach Möglichkeit vermieden werden soll.

9. Bericht der Abteilung V - Handels- und Verkehrsstatistik.

Aus dem Arbeitsgebiet der Abteilung wird zunächst über einige Probleme der Außenhandelsstatistik berichtet. Es wird mitgeteilt, daß sich ein Gesetz für die Statistik des Außenhandels in Vorbereitung befindet, das insbesondere wegen der Regelung der Geheimhaltungsbestimmungen besondere Probleme aufwirft.

Auf internationaler Ebene sind Überlegungen zur Reform der in der Genfer Konvention von 1928 enthaltenen Übereinkünfte zur Methode der Außenhandelsstatistik im Gange, die sich vor allem mit den Problemen der Art der Nachweisung des Außenhandels befassen. Vor allem befaßte sich die Diskussion mit der Frage, ob einer Nachweisung der Warenbewegungen im Außenhandel nach Versand- und Empfangsländern

oder nach Herstellungs- und Verbrauchsländern der Vorzug zu geben ist. Besonders untersucht werden soll, in welcher Weise der Warenverkehr von Truppen, die im Ausland stationiert sind, zu behandeln ist.

Mit Wirkung vom 1.1.1954 wird eine revidierte Fassung des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik vom Statistischen Bundesamt herausgebracht.

Zur Binnenhandelsstatistik wird mitgeteilt, daß der seit etwa Mitte 1952 beobachtete Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und dem Geltungsbereich der DM-Ost auf Rechnung von Auslandsfirmen bereits seit längerer Zeit wieder in Rückbildung begriffen ist. Die bei diesem Warenverkehr anfallenden Außenhandelsmeldungen sind nicht in der Außenhandelsstatistik aufbereitet, sondern gesondert zusammengestellt worden. Eine nachträgliche Veröffentlichung des ursprünglich vertraulichen Materials ist vorgesehen.

Die Aufbereitung der eigentlichen Interzonenhandelsstatistik wird unverändert durchgeführt. In die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes ist neuerdings der Interzonenhandel zwischen West-Berlin und dem Geltungsbereich der DM-Ost einbezogen worden. Die Berlinhandelsstatistik wird vom Statistischen Bundesamt unverändert in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Berlin fortgeführt.

Zur Statistik der Einzelhandelsumsätze wird mitgeteilt, daß die Indexberechnungen auf das Jahr 1950 als Basisjahr umgestellt worden sind. Die Reihen wurden rückwirkend unter Gewichtung nach Umsatzgrößenklassen und nach Ortsgrößenklassen neu berechnet. Die neuen Reihen weichen praktisch nicht von den alten Reihen ab.

Gegenwärtig wird eine Rechtsverordnung für die Durchführung der Statistik der Großhandelsumsätze vorbereitet, in der die Umsätze auf eigene und auf fremde Rechnung sowie die Lagerbestände am Jahresende erfaßt werden sollen. Zu überlegen ist noch, ob und ggf. auf welche Weise auch die Waren e i n g ä n g e erfragt werden können.



Vorbesprechungen werden darüber geführt, ob auch die Umsätze im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe erhoben werden sollten. Im Bericht über die Verkehrsstatistiken werden zunächst die Arbeiten in der Rheinschiffahrtskommission erwähnt.

Für die Repräsentativerhebung über die Leistungen im Güterkraftverkehr liegen jetzt Bundesergebnisse vor. Eine erste Darstellung ist in "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht. Auch die Länderergebnisse sind im wesentlichen aufbereitet, bedürfen jedoch noch der Abstimmung.

Für die Fremdenverkehrsstatistik wird gegenwärtig eine neue Rechtsgrundlage vorbereitet, die den Statistischen Landesämtern im Entwurf bekanntgegeben worden ist. Nach dieser Rechtsverordnung gelten alle Orte als Fremdenverkehrsorte, in denen die Zahl der jährlichen Übernachtungen mehr als 25 vH der Einwohnerzahl beträgt. Zur Abgrenzung dieses Kreises wird vermutlich Anfang 1955 eine Sondererhebung durchgeführt werden müssen.

Die Bearbeitung der Verkehrsunfallstatistik konnte bei den Statistischen Landesämtern zentralisiert werden. In der Erhebung ist die Zahl der einzelnen Unfallursachen vermehrt worden. Durch die Zentralisierung wird außerdem eine genaue jährliche Untersuchung kombinierter Unfallursachen ermöglicht.

Da die aus den Unterlagen des Paßkontrolldienstes zu gewinnenden Angaben zur Beobachtung des Personenverkehrs über See nicht ausreichen, ist beabsichtigt, eine besondere Statistik durchzuführen, und hierfür die Passagierlisten zu Grunde zu legen. Etwa mögliche Überschneidungen mit der Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs sind besonders zu beachten.

Für alle Statistiken des Güterverkehrs wird das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistiken z.Z. überarbeitet. Ein Entwurf hat dem Fachausschuß bereits vorgelegen.

Der Bericht schließt mit der Mitteilung über die Vorbereitung einer Statistik des Werkfernverkehrs, die vom Kraftfahrt-Bundesamt aufbereitet werden soll. Eine erste grobe Aufbereitung wird für die Übergangszeit im Rahmen des Notstandsprogramms Berlin durchgeführt. Allgemein ist eine Nachweisung von Länderergebnissen vorgesehen.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes weist unter Bezug auf die Ausführungen zur Außenhandelsstatistik darauf hin, daß das Auswärtige Amt zur Erkenntnis der internationalen Wirtschaftsverflechtungen und zur Beobachtung der Abwicklung der Handelsverträge an einer gründlichen zahlenmäßigen Durchleuchtung des Außenhandels stark interessiert ist. Er regt an, Fragen des Außenhandels evtl. in einem besonderen Arbeitskreis zu behandeln.

10. Bericht der Abteilung VI - Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik.

Der Bericht über die Durchführung einer kleinen Wohnungszählung ergibt, daß die Anregung zur Vorbereitung einer solchen Zählung vom Bundesministerium für Wohnungsbau gegeben worden ist. Eine neue Zählung im Jahre 1955 sei wegen der seit 1950 eingetretenen erheblichen Veränderungen im Wohnungsbestand und der Wohnungsbelegung erforderlich. Seit 1950 ist eine Bauleistung von etwa 2 Mill. Wohnungen zu verzeichnen. Nicht bekannt ist jedoch, welchen Bevölkerungskreisen diese Wohnungen zugeteilt worden sind und welche Wandlungen sich in der Belegung ergeben haben. Außerdem wird mit zunehmender Auffüllung des Wohnungsdefizits eine differenzierte Bedarfsbestimmung für den künftigen Wohnungsbau notwendig. Gegenwärtig werden das Tabellenprogramm und der Erhebungsplan entworfen. Sobald die ersten Überlegungen hierzu abgeschlossen sind, werden sie im einzelnen im Fachausschuß zur Beratung gestellt werden. Über dieses Vorhaben wird deshalb bereits zu einem so frühen Stadium berichtet, um die Interessen der Konsumenten- und insbesondere auch der Länder - berücksichtigen zu können.



Der Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau unterstreicht die Notwendigkeit einer kleinen Wohnungszählung, deren Ergebnisse auch die Auswirkungen der Binnenwanderung seit 1950, der gesetzlich gelenkten Umsiedlung und der inzwischen erfolgten Wohnungsfreigaben erkennen lassen werden. Auch zum Problem der Eigentumswohnungen ist neues Zahlenmaterial erforderlich. Vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz wird angeregt, das Mietproblem bei der neuen Zählung zu berücksichtigen, insbesondere die Frage, wie sich eine Mietpreiserhöhung auswirken würde. Der Vertreter des Deutschen Städtetags weist darauf hin, daß bei einem Erhebungszeitpunkt im Frühjahr 1955 jetzt schon Vorbereitungen notwendig sind, damit sich die Gemeinden auf die zu erwartenden Arbeiten einstellen können.

In diesem Zusammenhang wird auch die Vorbereitung zur Durchführung einer Erhebung über die Kostenstruktur in der Wohnungswirtschaft erwähnt. Mit dieser Erhebung soll die Rentabilitätslage der Wohnungswirtschaft durchleuchtet werden, um hieraus Anhaltspunkte für notwendig werdende mietpolitische Maßnahmen zu gewinnen. Außerdem ist es notwendig, die Verknüpfung der Wohnungswirtschaft mit den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft als Grundlage für die Berechnung des Volkseinkommens und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu erkennen. Vorgesehen ist eine kleine Teilerhebung bei ausschließlich zu Wohnzwecken benutzten Grundstücken der verschiedenen Eigentümerkategorien, der verschiedenen Mietpreisstufen und der verschiedenen Gebäudearten (etwa im Herbst 1954). Zur Durchführung der Erhebung wird eine besondere Rechtsverordnung vorbereitet. Das Vorhaben wird im Fachausschuß beraten werden, sobald die ersten Überlegungen abgeschlossen worden sind.

In der Bautätigkeitsstatistik ist jetzt ein geschlossenes statistisches System erreicht worden, das in absehbarer Zeit nicht zu verändern sein dürfte. Neuere gesetzliche Maßnahmen (besondere Erfassung der Wohnungen des gehobenen sozialen Wohnungsbaues und der im Grundbuch einge-

tragenen Fälle von Wohnungseigentum) machen eine geringfügige Ergänzung dieses Systems notwendig.

In der Preisstatistik wird ein System von Preisindices angestrebt, das für alle wichtigen Bereiche der Volkswirtschaft eine Darstellung der Preisentwicklung des Material-Inputs und des Produktions-Outputs ermöglicht. Besonders hervorgehoben wird die zunehmende Inanspruchnahme des amtlichen Preismaterials durch die Wirtschaft, insbesondere durch Firmen und Verbände. Bei der Diskussion über preisstatistische Probleme ist das Statistische Bundesamt zunächst im Rahmen der ECE (Erzeugerpreisstatistik und Berechnungen von Erzeugerpreisindices) beteiligt. Im Rahmen der Montan-Union hat die Diskussion über einheitliche Preisstatistiken auf verschiedenen Gebieten begonnen.

Als besonderes Aufgabengebiet ist in der nächsten Zeit die Berechnung von Kaufkraftvergleichen zwischen Deutschland und den wichtigsten Volkswirtschaften Europas und der anderen Kontinente zu beachten.

Im Rahmen des Berichts über die Lohnstatistik wird zunächst die Erhebung über die Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft vom November 1951 hervorgehoben. An diese umfassende Erhebung, die für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft zur Zeit noch läuft, soll ein System von laufenden Erhebungen mit schmäler Repräsentation angeschlossen werden, durch deren Ergebnisse die Weiterentwicklung der Gehälter und Löhne erfaßt wird. Dabei ist zunächst an eine laufende Lohnerhebung im Handwerk und in der Landwirtschaft gedacht; ebenso soll die Entwicklung der Angestelltenverdienste in wichtigen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft laufend erfaßt werden.

Als besondere Fragen sind künftig zu klären:

- (a) die Möglichkeiten besserer Vergleichbarkeit der Arbeitsplätze nach statistischen Leistungsgruppen, insbesondere bei den Angestellten,

und

- (b) die Bedeutung der Löhne als Kosten der Arbeitskraft in den Betrieben, d.h. insbesondere die Erfassung der sogen. Lohnnebenkosten.



Bei einer neuen Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung in einigen Jahren sollen diese Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Außerdem wird die Lohnstatistik auch im internationalen Rahmen künftig behandelt werden, wobei zunächst eine Sammlung von lohnstatistischem Material des Auslandes notwendig wird. In Verbindung mit der Berechnung von Kaufkraftparitäten soll auch das Problem des Reallohnvergleichs Beachtung finden. Verhandlungen bei der Montan-Union über einheitliche Lohnstatistiken in den Betrieben der Gemeinschaft sind im Gange.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftsrechnungen wird zu überlegen sein, ob das bisherige System der Jahresherhebungen in verschiedenen Verbraucherkreisen mit verhältnismäßig geringer Repräsentation beibehalten werden sollte. Es ist beabsichtigt, einen Plan über eine umfassende Erhebung auszuarbeiten, der es gestatten würde, in einer großen Zahl von Haushaltungen für jeweils nur eine Wirtschaftsperiode (Monat) die Einkommen und Ausgaben zu erfassen. Auf diese Weise würde es möglich, eine weite Streuung der erfaßten Haushaltungen über alle Bevölkerungsgruppen vorzunehmen und nach dem Zufallsprinzip eine repräsentative Auswahl von Haushaltungen zu erreichen. Daneben wird es jedoch weiter notwendig sein, laufende monatliche Erhebungen bei einer kleinen Zahl systematisch ausgewählter Haushaltungen weiterzuführen, um über die laufenden Veränderungen des Verbrauchs kurzfristig unterrichtet zu bleiben.

Besondere Aufmerksamkeit muß künftig auch der Auswertung des gewonnenen Materials gelten. Ebenso wird an die Beschaffung internationalen Vergleichsmaterials gedacht.

Aus der Sozialstatistik werden an neuen Aufgaben erwähnt:

- (a) eine weitere umfassende Erhebung über die Lager und Lagerinsassen,
- (b) die Statistik über die sozialen Verhältnisse der Sozialleistungsempfänger und
- (c) eine Reform der allgemeinen Fürsorgestatistik.

Mit der Reform der Fürsorgestatistik wird beabsichtigt, künftig mehr die sozialpolitischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen (Aufgliederung der Gesamtzahl der in der Fürsorge unterstützten Parteien und Personen nach Alter und Erwerbstätigkeit, nach ausschließlich oder zusätzlich von der Fürsorge Unterstützten usw.). Diese Umstellung soll bereits zum 1. April 1954 in Kraft gesetzt werden.

Eine Diskussion des Berichtes der Abteilung VI findet nicht statt.

11. Bericht der Abteilung VII - Finanz- und Steuerstatistik.

In dem aus Zeitknappheit sehr zusammengefaßten Bericht der Abteilung VII wird zunächst ein Überblick über die Fertigstellung der großen Steuerstatistiken gegeben. Die Veröffentlichung der Ergebnisse zur Lohnsteuerstatistik ist für Ende November zu erwarten. Ihre endgültige Fertigstellung wurde bisher dadurch aufgehalten, daß der Rückfluß der Lohnsteuerkarten unvollständig war. Es mußten sehr umfangreiche Arbeiten durchgeführt werden, um die Zahl, das Einkommen und die Lohnsteuerbeträge derjenigen Lohnsteuerpflichtigen zu schätzen, deren Karten nicht zurückgeflossen sind. Die Ergebnisse haben trotz der späten Fertigstellung einen hohen Erkenntniswert, insbesondere für die Steuerpolitik (hoher Anteil der Unbesteuerten und Steuerbefreiten).

Die Umsatzsteuerveranlagungsstatistik 1950 steht ebenfalls unmittelbar vor der Fertigstellung.

Gegenwärtig wird eine neue Umsatzsteuerstatistik 1954, die im Jahre 1955 durchzuführen wäre, erwogen. Hierbei wird das Hauptaugenmerk darauf zu richten sein, trotz der beabsichtigten Totalerhebung möglichst frühzeitig Ergebnisse zur Verfügung stellen zu können. Die Statistik soll deshalb von der Veranlagung und dem durch sie entstehenden Problem der "Nachzügler" dadurch unabhängig gemacht werden, daß die Steuererklärungen zu Grunde gelegt werden sollen. Es ist ungefähr mit demselben Aufbereitungs- und Gliederungsplan zu rechnen wie bei der Umsatzsteuerstatistik 1950.



In der Finanzstatistik ist zunächst die erstrebte Beschleunigung in der Fertigstellung der Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik erreicht worden. Der Band 1951 <sup>1)</sup> wird voraussichtlich Anfang des Kalenderjahres 1954 erscheinen. Die kommunalen Spitzenverbände werden um ihre Unterstützung gebeten, damit die Ergebnisse eine möglichst große Tiefenwirkung erzielen. Der bei den Ländern vorhandene Bedarf an stark gegliederten Ergebnissen soll auch weiterhin soweit möglich erfüllt werden.

Die Gesamtergebnisse der Schuldenstatistik für 1953 sind im Oktober-Heft von "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht. Ein hoher Erkenntniswert der schneller als bisher zur Verfügung stehenden Ergebnisse hat sich durch die Erfragung der Schuldbedingungen und der Fälligkeitstermine ergeben. Die Kommunalaufsichtsinstanzen sind weiterhin an einer starken Durchleuchtung der kommunalen Verschuldung interessiert.

Die Personalstandstatistik 1953 für den Bund ist durchgeführt. Für die Länder und Gemeinden wird sie gegenwärtig vorbereitet.

Den in der Statistik bisher vernachlässigten sog. Eigenbetrieben muß größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Eine mit Hilfe einiger Landesämter durchgeführte vorläufige Zusammenstellung unterstreicht die hohe Bedeutung der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe. Eine Erfassung der Bilanzen und Erfolgsrechnungen im Zusammenhang mit der Finanzstatistik und mit der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften erscheint erforderlich.

Die jetzt vorliegenden Veröffentlichungen der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften haben in der Fachpresse einen starken Widerhall gefunden. Neu aufgenommen wurde die Bearbeitung der Erfolgsrechnungen. Eine gewisse Erschwerung der Aufbereitung liegt vor, da die Ausweismethoden uneinheitlich sind und eine Vergleichbarkeit nur schwer hergestellt werden kann.

Eine Diskussion des Berichtes der Abteilung VII findet nicht statt.

---

1) Band 88, Statistik der Bundesrepublik Deutschland  
"Die kommunalen Finanzen im Rechnungsjahr 1951."

10. Bericht der Abteilung VIII - Bevölkerungs- und Kulturstatistik.

Im Rahmen dieser Abteilung waren in den letzten Jahren die Arbeiten für die Volks- und Berufszählung 1950 von besonderer Bedeutung. Die Drucklegung des Tabellenwerks ist praktisch abgeschlossen. Das ursprünglich vorgesehene Tabellenprogramm konnte durch Sonderauswertungen auf repräsentativer Basis (100. Lochkarte und 100. Haushalt) in seinem Erkenntniswert erhöht werden. Die textliche Darstellung der Methode und der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung wird gegenwärtig bearbeitet. Einige besonders wichtige Probleme werden in "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht. Auf die kartographische Auswertung wird hingewiesen.

Die Bevölkerungsfortschreibung kann im wesentlichen einwandfrei durchgeführt werden. Das noch nicht befriedigend gelöste Problem des zweiten Wohnsitzes ist einem besonderen Arbeitskreis zur Beratung überwiesen worden.

Bei der Wanderungsstatistik konnte die Lücke der ersten Jahre (Wanderung innerhalb der Länder und innerhalb der Kreise) jetzt geschlossen werden. Die Umstellung auf die Bearbeitung (lediglich) der Anmelde-scheine bei der Bundesbinnenwanderung hat sich bewährt.

Eine bedeutende Aufgabe erwächst noch aus der einwandfreien Erfassung der Aus- und Einwanderungen, da die An- und Abmeldungen kein klares Bild ergeben. Es ist eine besondere Erfassung an den Grenzübertrittsstellen angelaufen, die noch verbessert werden muß.

Die Entwicklung der Kriminalstatistik konnte nicht wie wünschenswert vorangetrieben werden, da Jugendgerichtsgesetz und Strafrechtsnovelle erst jetzt vorliegen. Eine kriminalstatistische Tagung im November d.J. hat es sich u.a. zur Aufgabe gesetzt, die polizeiliche Kriminalstatistik, die Abgeurteiltenstatistik und die Strafvollzugsstatistik zu koordinieren. Erforderlich



dafür sind die Festlegung einheitlicher Straftatenschlüssel, Berichtszeiträume und Veröffentlichungen. Auch muß der Zeitpunkt der Tat erfaßt werden.

Zur Wahlstatistik wird kurz auf die anlässlich der Wahlen zum Bundestag durchgeführte besondere Statistik über die Wähler nach Geschlecht und Alter verwiesen, deren Ergebnisse in "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht werden.

Aus dem Arbeitsgebiet der Flüchtlingsstatistik wird auf die Herausgabe eines besonderen statistischen Taschenbuches und auf die bevorstehende Auswertung der Antragsformulare zum Bundesvertriebenenalausweis hingewiesen. Mit dieser Auswertung ist vor allem eine feinere Gliederung der Herkunftsgebiete als sie bei der Volkszählung möglich war sowie eine eingehende Durchleuchtung des berufsfremden Einsatzes der Vertriebenen beabsichtigt.

Zur Gesundheitsstatistik wird mitgeteilt, daß Band 3 der deutschen Ausgabe des internationalen Todesursachenverzeichnisses erschienen ist. Die Einführung eines neuen Leichenschauscheines wird Änderungen der Formulierung und der Auswertungstechnik bringen. Band 3 und Entwurf des Leichenschauscheines wurden der Londoner Konferenz der nationalen Komitees für Vital and Health Statistics vorgelegt.

In der Schul- und Hochschulstatistik wird eine weitere Vereinheitlichung mit dem Ziel der gegenseitigen Vergleichbarkeit und der Vergleichbarkeit mit den übrigen Bevölkerungsstatistiken angestrebt. Von besonderer Bedeutung sind in neuerer Zeit die Anforderungen der UNESCO.

Ein Bericht über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen des Mikrozensus findet nicht statt. Es wird auf den demnächst im Druck erscheinenden ausführlichen Bericht über die Tagung am 2./3. Juli d.J. verwiesen.

Zum Abschluß dieses zweiten Teils der Tagesordnung stellt der Präsident des Statistischen Bundesamtes die Frage zur Diskussion, ob sich die Form eines Überblicks über die wichtigsten Arbeiten des Amtes als nützlich erwiesen hat. Dieses wird allgemein bestätigt. Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit regt an, daß den Vertretern der Bundesministerien künftig Gelegenheit geboten wird, ihre Wünsche auf Durchführung von Bundesstatistiken darzulegen und vor allem auch zu begründen. Es würde dann interessieren zu erfahren, welche Schwierigkeiten besonders den durchführenden Statistischen Landesämtern erwachsen. Der Vertreter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz schlägt vor, daß die Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes nicht nur über ihr Arbeitsgebiet, sondern gleichzeitig auch über ihre Erfahrungen als Vorsitzende der Fachausschüsse des Statistischen Beirats berichten. Außerdem erscheint es auch zweckmäßig, besonders interessierende Probleme herauszustellen und zu diskutieren. Allgemein sind die Mitglieder des Beirats der Auffassung, daß ein Tag für die Sitzung des Statistischen Beirats nicht ausreicht. Es wird daher vorgeschlagen, den Beirat künftig jährlich einmal an zwei Tagen zusammentreten zu lassen. Im übrigen soll überlegt werden, ob die Tagungen des Beirats aus der Statistischen Woche herausgelöst werden sollten, um eine zu starke Belastung der Teilnehmer zu vermeiden.

Die Mitglieder werden gebeten, weitere Anregungen zum künftigen Verlauf der Tagungen dem Statistischen Bundesamt bekanntzugeben.